

Antrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Hüseyin-Kenan Aydin, Monika Knoche, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Barbara Höll, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Inge Höger-Neuling, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

Illegitime Schulden von Entwicklungsländern streichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Regierung des Königreichs Norwegen kündigte im Oktober 2006 an, mehreren Staaten insgesamt 80 Mio. US-Dollar an Schulden zu erlassen. Darüber hinaus wird weiteren Staaten ein Schuldenerlass in der Höhe von insgesamt über 300 Mio. US-Dollar in Aussicht gestellt. Die zu erlassenden Schulden stammen aus Exportförderprogrammen der 1970er Jahre, die von der heutigen norwegischen Regierung als entwicklungspolitischer Misserfolg betrachtet werden. Die norwegische Regierung übernimmt ausdrücklich Mitverantwortung für die aus diesen Programmen entstandenen Schulden. Der Schuldenerlass wird deshalb auch nicht auf die Offizielle Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA) angerechnet.
2. Der Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen (BNE) (ODA-Quote) Norwegens liegt auch ohne die Anrechnung von Schuldenstreichungen mit 0,93 Prozent des Bruttonationaleinkommens bereits über der nach dem EU-Stufenplan bis 2015 anzustrebenden Quote von 0,7 Prozent und weit über der aktuellen ODA-Quote der Bundesrepublik Deutschland. Der Anstieg der deutschen ODA-Quote auf 0,35 Prozent in 2005 ist dagegen ausschließlich auf Schuldenerlass zurückzuführen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) weist abzüglich der Entschuldungsleistungen sogar einen Rückgang der deutschen ODA um 9,8 Prozent aus.
3. In der Tageszeitung „taz“ war am 7. Oktober 2006 mit Blick auf die norwegische Initiative zu lesen: „Auch die Bundesrepublik hat da einige Leichen im Keller.“ Mit Hermes-Bürgschaften und Krediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe (KfW) wurden jahrzehntelang Exporte und Investitionen von zweifelhaftem entwicklungspolitischem Nutzen in Entwicklungs- und Schwellenländern abgesichert, auch dann, wenn die Kreditnehmer Diktatoren waren und die versicherten bzw. kreditierten Projekte mittel- oder unmittelbar der Aufrüstung (Indonesien) oder gar Kriegsvorbereitung (Irak) dienten. Viele der mitfinanzierten oder abgesicherten Großprojekte entspra-

chen nicht den Ansprüchen einer ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung.

4. Vor diesem Hintergrund muss auch in Deutschland dringend eine ernsthafte Debatte über die Illegitimität von Schulden angeregt werden. Der Erlass von Schulden, die von Kreditgeschäften herrühren, die nicht den Entwicklungsbedürfnissen der Kreditnehmer entsprechen, kann nicht als Entwicklungshilfe gelten. In diesem Zusammenhang schließt sich der Deutsche Bundestag den Forderungen vieler Entwicklungsorganisationen an, den Schuldenerlass für den Irak und Nigeria nicht auf die ODA anzurechnen, da die fraglichen Kredite erstens zu eher ungünstigen Konditionen (marktübliche Zinsen plus Risikozuschlag) und zweitens an repressive Regimes ausgegeben wurden, letztlich deren Herrschaftssicherung dienten und damit keinen Beitrag zur Entwicklung der beiden Länder leisteten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich dem norwegischen Beispiel anzuschließen und die Illegitimität solcher Schulden anzuerkennen, die aus Kreditgeschäften herrühren, die nicht den Entwicklungsbedürfnissen der Kreditnehmer entsprechen;
- für die Bestimmung von Illegitimität transparente Kriterien zu entwickeln und nach Einzelfallprüfung in einem solchen Zusammenhang aufgelaufene Schulden zu streichen;
- dem norwegischen Beispiel folgend die Streichung dieser Schulden nicht als offizielle Entwicklungshilfe zu deklarieren und mithin nicht auf die ODA-Quote anzurechnen;
- insbesondere solche Schulden zu streichen, die von der Kreditierung von Rüstungsgeschäften herrühren;
- die Frage der Illegitimität von Schulden auch auf die Tagesordnung des G8-Gipfels in Heiligendamm 2007 zu setzen.

Berlin, den 28. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion